

Maik Beermann

Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe KW 16

| | | | |
|--|---|---|------------------------------------|
| Die politische Lage in Deutschland | 2 | 6 | Einsatz gegen trassenfernen Ausbau |
| Sichere Herkunftsstaaten | 2 | 7 | Die Spargelsaison ist eröffnet |
| Zahl der Baugenehmigungen steigt | 3 | 7 | Betriebsbesichtigung bei frischli |
| Jugendparlament in Berlin | 3 | | |
| Starker Arbeitsmarkt und Rentenplus | 3 | | |
| Gymnasium Ernestinum aus Rinteln | 4 | | |
| CDU Landwirtschaftskongress | 4 | | |
| Digitalisierung zum Wohl der Patienten | 4 | | |
| Pflicht zur Integration wird Gesetz | 5 | | |
| Senioren-gemeinschaft Hohnhorst | 6 | | |
| Diskussion mit den Handwerksjunioren | 6 | | |
| Schaumburger in Berlin | 6 | | |

Die politische Lage in Deutschland

Die Enthüllungen über versteckte Gelder in Panama bestätigen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Kurs. Fast 100 Staaten bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten aus. Zu den meldepflichtigen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen.

Betroffene Finanzinstitute sind u.a. Banken, Verwahrstellen, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften. Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den dreißig Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Wolfgang Schäuble beabsichtigt zudem, auch schon über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen.

In der Innenpolitik müssen jetzt wichtige Vorhaben vorangebracht werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière bereitet ein Integrationsgesetz (S. 5) und schärfere Regelungen zur Terrorismusbekämpfung vor. Bei der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Regelungen zur Leiharbeit und zu Werkverträgen gehen wir über den Koalitionsvertrag auf keinen Fall hinaus. Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen im weltweiten Wettbewerb. Dazu braucht sie ihre ganze Kraft und darf deshalb nicht weiter belastet werden.

CDU und CSU haben vereinbart, ein gemeinsames Konzept vorzulegen, wie wir Deutschland fit machen wollen für die Zukunft. Wir werden darin u.a. Antworten geben, wie wir dem rasanten weltwirtschaftlichen Wandel begegnen werden. Wir werden Antworten geben auf das umfassende Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Land. Wir werden Antworten darauf geben, wie wir Wachstum als den eigentlichen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen können.

Sichere Herkunftsstaaten

Asylantragsteller aus Algerien, Marokko und Tunesien haben in fast allen Fällen keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Aus diesem Grund berieten wir das Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten in erster Lesung, mit dem die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden können. Dadurch verkürzen wir deren effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland und entlasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit dieses seine Ressourcen besser nutzen kann.

Zahl der Baugenehmigungen steigt

Im Januar 2016 wurden in Deutschland 26.300 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 34,5 Prozent oder 6.700 Genehmigungen. Eine höhere Zahl genehmigter Wohnungen in einem Januar hatte es zuletzt im Jahr 2006 gegeben. Dabei entfielen 21.600 Genehmigungen (82,1 Prozent) auf

Neubauwohnungen in Wohngebäuden, was einem Plus von 31,3 Prozent gegenüber Januar 2015 entspricht. Die Genehmigungen für Wohnungen in Wohnheimen erreichten einen Zuwachs von 46,3 Prozent auf 1.173. Auch die Zahl der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, die durch Um- bzw. Ausbaumaßnahmen zu neuen Wohnungen geführt haben, erreichte im Januar 2016 mit knapp 4.500 Wohnungen den höchsten Januarwert seit 1996.

Jugendparlament der Kreisjugendfeuerwehr

Kürzlich besuchte mich das Jugendparlament der Kreisjugendfeuerwehr Nienburg im Deutschen Bundestag. Vielen Dank für das Interesse an meiner Arbeit in Berlin!



Starker Arbeitsmarkt und Rentenplus

Unter der CDU-geführten Bundesregierung bleibt der deutsche Arbeitsmarkt weiter auf Erfolgskurs. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitslosigkeit im Frühjahr noch einmal deutlich. Und: Gute Nachrichten für alle Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Die Renten steigen zum 1. Juli 2016 so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr.

- Die Zahl der Beschäftigten steigt weiter: Gegenüber März 2015 waren 87000 Menschen mehr beschäftigt.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter: Im März waren 2,85 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das ist der niedrigste Wert in einem März seit 25 Jahren.
- Mehr Geld in der Tasche: Höhere Löhne und Gehälter in Deutschland zahlen sich auch für die Rentner aus. In den alten Ländern steigen die Renten um 4,25 Prozent, im Osten um 5,95 Prozent. Damit gleichen sich die Renten in Ost und West weiter an.

Die CDU ist in der Bundesregierung der Garant dafür, dass der klare Kurs für Wachstum und Beschäftigung fortgesetzt wird. Davon profitieren alle Menschen in Deutschland.

Gymnasium Ernestinum aus Rinteln in Berlin

Vielen Dank auch für den Besuch der drei 10. Klassen vom Gymnasium Ernestinum aus Rinteln. Ich freue mich auf den baldigen Gegenbesuch an ihrer Schule.



CDU Landwirtschaftskongress

Volles Haus im Fraktionssaal der CDU/CSU. "Landwirtschaft in Deutschland - Wege in die Zukunft" ist der Titel des Landwirtschaftskongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der in der letzten Sitzungswoche stattgefunden hat. Neben unserem Landwirtschaftsminister Christian Schmidt kommen bei zwei Podiumsdiskussionen auch die Verbände und die Wissenschaft zu Wort.

Die CDU gibt ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaft in Deutschland ab. Wir wollen die Landwirtschaft im Lande aufrecht erhalten und sie soll auch eine Chance für junge Bauern sein.

"Wir können nicht akzeptieren, dass wir unsere Regeln national anpassen und dann zusehen, wie die Produktion ins Ausland abwandert und die Produkte dann importiert werden. Wir können keine Entscheidungen treffen ohne die Ökonomie zu berücksichtigen." Die

Landwirtschaft ist kein Hobby, sondern dient der Ernährung der Bevölkerung und die Landwirte sind selbstständige Unternehmer - sie brauchen faire Chancen und keine staatliche Alimentierung. Wenn Probleme auftreten, dann müssen wir uns derer gerecht annehmen.



Digitalisierung zum Wohl der Patienten

Bei der zweiten Sitzung der AG eHealth der CDU-Deutschland gab es wieder spannende und Interessante Wortbeiträge zu einem ersten verschriftlichten Papier für die Verbesserung des Patientennutzens durch die Digitalisierung.

Pflicht zur Integration wird Gesetz

Vom letzten Koalitionsausschuss gehen zwei klare Botschaften aus: Erstens, wir kommen bei den wichtigen Themen Integration und Terrorbekämpfung weiter voran. Zweitens, die vereinbarten Maßnahmen tragen die klare Handschrift der Union

Der Unions-Grundsatz „Fördern und Fordern“ bestimmt die beschlossenen Eckpunkte für das Integrationsgesetz. Der Zugang zu Arbeit, Ausbildung, Sprach- und Orientierungskursen soll weiter verbessert werden. Zugleich gilt: Wer seinen Verpflichtungen zur Integration nicht nachkommt, muss mit Sanktionen rechnen und damit, dass seine Leistungen gekürzt werden. Zudem hat sich die Union mit zwei weiteren wichtigen Forderungen durchgesetzt: Es wird eine Wohnsitzzuweisung geben, um eine gleichmäßige Verteilung der anerkannten Flüchtlinge zu erreichen. Zweitens, wird nur derjenige unbefristet in unserem Land bleiben können, der die deutsche Sprache gelernt hat, einer Arbeit nachgeht und bei dem es keine Sicherheitsbedenken gibt.

Fördern und Fordern

Pflicht zur Integration wird Gesetz

Wir wollen die Integration der zu uns kommenden Menschen fördern. Gleichzeitig fordern wir von ihnen eigene Anstrengungen ein. Wer sich weigert, muss mit Konsequenzen rechnen. So wollen wir unsere Sprache und unsere Werte vermitteln:

- Wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommt, wird zu Integrationsmaßnahmen verpflichtet. Wer diese ablehnt, erhält weniger Leistungen.
- Nur wer eindeutige Leistungen zur Integration erbracht hat, kann unbefristet bleiben. Zu diesen Leistungen zählen deutsche Sprachkenntnisse, eine Ausbildung oder ein Arbeitsplatz. Zudem dürfen keine Sicherheitsbedenken bestehen.
- Mehr Personen als bisher müssen an einem Integrationskurs teilnehmen: Eine Teilnahme ist künftig auch für Frauen und Männer mit einfachen Deutschkenntnissen Pflicht.
- Das Angebot zusätzlicher Orientierungskurse wird geprüft. Mit diesen sollen bei längeren Asylverfahren neben Wertevermittlung und Sprachkursen auch Vorbereitungen und Hilfen für eine Rückkehr ins Heimatland angeboten werden.

So wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt ordnen:

- Schutzberechtigten wird ein Wohnort zugewiesen. Das soll die gleichmäßige Verteilung im Land sicherstellen. Neue soziale Brennpunkte werden so vermieden.
- Wir schaffen Rechtssicherheit: Wer eine Ausbildung macht, darf für die Dauer dieser Ausbildung bleiben. Hat er danach einen Job, darf er weitere 2 Jahre bleiben. Ohne Job wird die Duldung zunächst nur für 6 Monate zur Arbeitsplatzsuche verlängert.
- Die Zeitarbeit soll auch für Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden. Die Vorrangprüfung wird dort für 3 Jahre ausgesetzt, wo der Arbeitsmarkt dies erlaubt.

Für die CDU ist klar: Bei der Integration gibt unsere Leitkultur den Rahmen vor. Wer zu uns kommt, muss sich an die Gesetze halten, unsere Werte achten und Deutsch lernen.



Senioren-gemeinschaft Hohnhorst

Die Senioren-gemeinschaft Hohnhorst hat mich im Deutschen Bundestag besucht. Die Initiative für diese Reise kam von Bärbel Koch, die ich bereits im Wahlkampf kennenlernen durfte. Gefreut habe ich mich über ein besonderes Geschenk - eine Puppe in Schaumburger Tracht. Wieder ein Stückchen Heimat mehr in meinem Büro.



Diskussion mit den Handwerks-junioren

Auf Einladung meiner Kollegin Lena Strothmann fand eine spannende Diskussion mit den Handwerks-junioren zum Thema "Digitalisierung im Handwerk und Arbeiten 4.0" statt.

Schaumburger in Berlin

In der letzten Sitzungs-woche durfte ich mich auch über den Besuch des CDU-Stadtverband Bücke-burg und der VHS Schaumburg zum Thema "Nachgefragt bei..." freuen.



Einsatz gegen trassen-fernen Ausbau

Es fand ein informativer und konstruktiver Austausch mit der Bürgerinitiative "Bigtab" um den Vorsitzenden Thomas Rippke und mit CDU Mitgliedern aus Porta Westfalica, Minden und Bücke-burg zu den Ausbauplänen des Schienenprojektes Bielefeld-Hannover statt. Der mögliche trassen-ferne Ausbau steht in der Kritik. Am 29.4. findet ein Treffen mit Abgeordneten im Bundesverkehrsministerium statt und ich habe viele wichtige Fragen und Anregungen zur Vorbereitung mitgenommen. Ich bleibe am Thema dran.



Maik Beermann - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin



Die Spargelsaison ist eröffnet

Der Spargelanstich wurde vom Generalsekretär der CDU-Niedersachsen Ulf Thiele vollzogen. Vielen Dank an die Erzeugergemeinschaft "Nienburger Spargel" um Fritz Bormann und Herbert Schriever sowie unserer Spargelkönigin Ilona Schulz für ihr stetiges Engagement. Im Anschluss führte ich ein Gespräch mit Kreislandwirt Tobias Göckeritz zum Thema Landwirtschaft.

Betriebsbesichtigung bei frischli

Nachdem ich mir bereits vor kurzem mit meinem CDU-Samtgemeindeverband Steimbke die Produktion der frischli Milchwerke GmbH in Rehburg angeschaut habe, folgte nun das Gespräch mit Geschäftsführer Hans Holtorf, der einen von vier Geschäftsbereichen verantwortet.

Die frischli Milchwerke am Standort Rehburg beschäftigen 500 Mitarbeiter und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung in der Region.

In Bezug auf die aktuelle Situation der landwirtschaftlichen Milcherzeuger, war es ein sehr wichtiger und interessanter Austausch. Ob es für die aktuelle Krise am Milchmarkt eine politische Lösung geben kann, ist schwer zu beurteilen. Die Politik kann jetzt aber Möglichkeiten und Ideen entwickeln, so dass zukünftige Preisschwankungen in der aktuellen Größenordnung eingedämpft werden können.

